Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 65,— Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 195,— Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 3,— Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 5,— Mk. für auswärtige Besteller mit 6,— Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 12,— Mk., für Auswärtige 14,— Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 216 · Freitag, den 15. September 1922 · 72 Jahrgang.

Bekanntmachung.

Infolge der vom Reichskohlenkommissar verfügten Einschränkung im Steinkohlenverbrauch ist es der hiesigen Ortskohlenstelle nicht mehr möglich, an Gewerbetreibende und Industrieunternehmen Kohlenbezugsscheine abzugeben. Um Stockungen im Wirtschaftsleben nicht eintreten zu lassen, hat sich die Bezirkskohlenstelle bei der Amtshauptmannschaft Glauchau bereit erklärt, böhmische Braunkohle und sogenannte Eier-Briketts zu vermitteln. Der Preis für böhmische Braunkohle richtet sich nach dem jeweiligen Kurs der tschechischen Krone. Gegenwärtig beträgt er 450.— Mark für den Zentner frei Bahnhof Lichtenstein-Callnberg. Der Preis für die Eier-Briketts beträgt 430.— Mark für den Zentner, Erhöhungen können auch hier eintreten. Bestellungen hierzu werden in der hiesigen Ortskohlenstelle entgegengenommen und ist eine Anzahlung von 100.— Mark für den Zentner zu hinterlegen. Um eine weitere Verteuerung zu verhüten, ist es nötig, daß die Bestellungen sofort, jedoch spätestens Montag, den 18. dss. Mts. aufgegeben werden. Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß an solche, die keinerlei Brennstoffe bestellt haben, nicht geliefert wird.

Stadtrat Lichtenstein-Callnberg,
den 15. September 1922

Mit der Zustimmung der Stadtverordneten ist die Miete für leihweise aufgestellte Wassermesser mit Wirkung vom 1. April 1922 ab erhöht worden. Sie beträgt monatl. 2.— Mk. bei einer Durchflußweite bis zu 20 mm, bei größeren Messern entsprechend mehr, und ist gleichzeitig mit dem Wasserzins zu entrichten.

Lichtenstein-Callnberg, am 14. September 1922.
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Ueberleitung der Grunderwerbsteuer betreffend.

Am 1. Oktober geht die Verwaltung der Grunderwerbsteuer, die bisher der Stadtrat zu Lichtenstein-Callnberg, bezw. der Gemeindevorstand in Hohndorf als Grunderwerbsteuerstelle für ihren Gemeindebezirk geführt haben, auf das unterzeichnete Finanzamt über. Alle Zuschriften und Geldsendungen in Grunderwerbsteuersachen, auch für Fälle, die aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1922 stammen, sind von diesem Tage an ausschließlich dorthin zu richten.

Finanzamt Hohenstein-Ernstthal, am 15. Sept. 1922

Bekanntmachung.

Ueberleitung der Umsatzsteuer betreffend.

Am 1. Oktober geht die Verwaltung der Umsatzsteuer, die bisher der Stadtrat zu Lichtenstein-Callnberg bezw. der Gemeindevorstand in Hohndorf als Umsatzsteuerstelle für ihren Gemeindebezirk geführt haben, auf das unterzeichnete Finanzamt über. Von diesem Termin an sind Gemeinden für alle Umsatzsteuergeschäfte das unterzeichnete Finanzamt zuständig. Die bisherigen Umsatzsteuerämter bleiben jedoch bis zum 31. Dezember 1922 zuständig für die kassenmäßige Durchführung der von ihnen bis zum 30. September 1922 erledigten Umsatzsteuergeschäfte sowie zur Einhebung der bis zum 31. Oktober 1922 fälligen Vorauszahlungen und zur Entgegennahme der Voranmeldungen (§ 157a, § 143a der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz) soweit sie die allgemeine Umsatzsteuer betreffen.

Finanzamt Hohenstein-Ernstthal, am 15. Sept. 1922.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Reichskanzler Dr. Wirth hat infolge der politischen Lage seinen Urlaub abermals verschoben.

* Reichsbankpräsident Havenstein wird sich heute nach London begeben, um dort mit der Bank von England in Verhandlungen zu treten. Gegenstand der Verhandlungen ist die Frage der Uebernahme von Garantien durch die Bank von England für die durch Deutschland an Belgien zu begebenden Schatzanweisungen, eine Frage, die schon bei den Verhandlungen mit den belgischen Vertretern in Berlin berührt worden war.

* In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Wiedereinberufung des bayrischen Landtages Ende September erfolgen werde.

* Aus Paris kommt folgende Nachricht: Der Kongreß der Bergarbeiter in Angers hat gestern beschlossen, sofort in den Generalstreik einzutreten, wenn gegen das 8-Stundentaggesetz vorgegangen werden sollte.

* In dänischen Kreisen, die der Polarforschung nahestehen, hegt man ernste Besorgnisse um Amundsen. Sein Schiff „Maud" ist aller Wahrscheinlichkeit nach schon im Begriff, über das Polarbecken zu treiben, und er selbst hat vermutlich schon seinen Flug angetreten. Man befürchtet, daß Amundsen möglicherweise nicht die von dem dänischen Kapitän Hansen ausgelegten Depots erreichen kann, während er wiederum ohne sie nicht imstande sein wird, bis zum Frühling 1924 durchzuhalten. Es ist darum eine dänische Hilfsexpedition geplant, die schnellstens abgehen soll.

Der Landtag ist aufgelöst.

Neuwahl am 5. November.

Dresden, 14. September.

Der Landtag beschloß heute mit 53 gegen 39 Stimmen seine sofortige Auflösung.

Für die Auflösung stimmten die Bürgerlichen und die Kommunisten, dagegen die Sozialdemokraten und die Unabhängigen.

Der sozialdemokratische Antrag auf befristete Auflösung wurde abgelehnt. Präsident Fräßdorf verkündigte das Abstimmungsergebnis mit den Worten: Der Sächsische Landtag ist aufgelöst, die Sitzung ist geschlossen!

Sitzungsbericht.

Vor dicht besetzten Tribünen und in teilweise noch sehr stürmischen Verhandlungen beschloß der Landtag heute endlich seine Auflösung.

Abg. Bünger (Deutsche Vp.) gab den Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag der Sozialdemokraten auf Aenderung der Verfassungsbestimmungen mit dem Ziele einer befristeten Landtagsauflösung und über das Volksbegehren auf befristete Landtagsauflösung.

Abg. Dr. Graf (Sozdem.) versuchte als Mitberichterstatter noch einmal den sozialdemokratischen Antrag, der schon im Rechtsausschuß Ablehnung gefunden hatte, mit dem Hinweis zu verteidigen, daß man es vom Standpunkt der Demokratie aus geradezu als ungeheuerlich betrachten müsse, die Regierung in einer landtagslosen Zeit allein verantwortlich sein zu lassen.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) begründete einen in letzter Minute eingebrachten Abänderungsantrag seiner Fraktion zum sozialdemokratischen Antrage, nach dem die Wahlperiode des alten Landtages mit der Neuwahl des neuen endigen und in der Zwischenzeit der Landtag nur noch Angelegenheiten erledigen soll, deren Dringlichkeit von zwei Drittel der Abgeordneten anerkannt worden ist.

Abg. Blüher (Deutsche Vp.) erklärt sich gegen den Antrag Arzt und auch gegen den Abänderungsantrag Dr. Dehne. Wenn die Sozialdemokraten ihren Antrag im Namen der Demokratie begründen, so müsse man ihnen entgegenhalten, daß nach den Begriffen der Demokratie eine Minderheitsregierung schon längst hätte beseitigt werden müssen.

Abg. Renner (Komm.): Seine Partei lehne die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten ab, weil sie nur eine weitere Verschleppung der Landtagsauflösung bezweckten. Weiter setzt sich der Redner in sehr agressiver Form und bei teilweise argem Tumult mit den Regierungsparteien und der Regierung auseinander, denen er vorwirft, daß sie die Arbeiterinteressen verraten und nichts getan hätten als in Sachsen die Stinnespolitik durchzuführen.

Der Tumult steigert sich noch, als Abg. Müller (Unabh.) die kommunistischen Angriffe zu entkräften und den Kommunisten nachzuweisen versucht, daß es ihre Schuld gewesen sei, wenn in Sachsen nicht sozialistische Politik betrieben werden konnte.

Abg. Hofmann (Deutschnational) erklärt, nach dem Verlauf der heutigen Sitzung der Notwendigkeit enthoben zu sein, nochmals die Gründe seiner Partei darzulegen. Der bei den heutigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien der Linken gepflogene Ton beweise am besten die Notwendigkeit der Auflösung dieses Landtages.

Abg. Müller-Chemnitz (Sozdem.) wendet sich gegen die Forderung des demokratischen Antrages, der die Arbeit des Landtages in der Zwischenzeit von der Zustimmung von zwei Drittel der Abgeordneten abhängig macht.

Es kommt dann noch zu weiteren Auseinandersetzungen zwischen dem Abg. Siewert (Komm.), der den Bankrott der sozialistischen Politik in Sachsen feststellt, und dem Abg. Bethke (Sozdem.), der den Kommunisten vorhält, daß alle ihre bisher gestellten Anträge von kindischem Unsinn erfüllt gewesen seien.

In der nun folgenden Abstimmung wurde der demokratische Antrag gegen die Stimmen der Demokraten abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf befristete Landtagsauflösung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen.

Der Antrag auf sofortige fristlose Auflösung des Landtages im Sinne des Volksbegehrens wurde dann in namentlicher Abstimmung mit 53 gegen 39 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die Bürgerlichen und die Kommunisten, gegen ihn die Sozialdemokraten und die Unabhängigen.

Das Abstimmungsergebnis wurde auf der rechten Seite des Hauses und auf den Tribünen mit lebhaften Bravorufen aufgenommen, worauf Präsident Fräßdorf die Sitzung als beendet und den Landtag als aufgelöst erklärte.

* * *

Nach langen Verzögerungen hat der Landtag mit seinem Auflösungsbeschluß dem vor Monaten eingeleiteten Volksbegehren auf Landtagsauflösung stattgegeben. Damit wird der Volksentscheid unnötig, der dem Volke dieselben Aufregungen und den Parteien dieselben Ausgaben wie bei einer Landtagswahl gekostet hätte und trotzdem die eigentliche Landtagswahl hätte nachfolgen müssen. Man wird das begrüßen müssen. Politisch ist dieses Ergebnis dadurch zustande gekommen, daß die Kommunisten die lange von ihnen gehaltene Minderheitsregierung der Sozialdemokratie, der sie die ganze Zeit her schon bereitet hatten, endgültig im Stiche ließen. So wurde die bisherige sozialistisch-kommunistische Mehrheit zur regierungsunfähigen Minderheit. Die Kommunisten erhoffen von den kommenden Neuwahlen eine Stärkung ihres Einflusses, eine Hoffnung, die allerdings nur dann erfüllt werden kann, wenn der künftige Landtag wiederum den Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen eine Mehrheit wie bisher bringt. Diese Frage ist der Angelpunkt der heutigen politischen Lage Sachsens. Um sie geht es in den kommenden Wahlen, die am 5. November stattfinden sollen.

Deutsches Reich

Der Reichskanzler spricht.

Berlin. In der gestrigen Eröffnungssitzung der Vollversammlung des deutschen Industrie- und Handelstages führte der Reichskanzler u. a. aus: Zur Zeit sei angesichts der jüngsten belgischen Forderung nicht der Augenblick, Stellung zu nehmen, ehe nicht im Schoße der Regierung Entscheidungen gefallen seien. Er warne davor, die politischen Ereignisse der letzten Tage mit sogenannten Krisengerüchten zu begleiten, die das Gefährlichste seien, was man sich denken könne. Sei das Parlament mit der gegenwärtigen Regierung nicht zufrieden, stehe es ihr frei, eine andere Regierung an die Spitze des Reichs zu stellen. Der Kanzler richtete dann eine Mahnung zur Besonnenheit nicht nur an das deutsche Volk, sondern auch an die ehemaligen Gegner. Jederzeit bietet die Regierung ihre Hand zur Verständigung mit den Ländern gemeinsam mit jeder Stelle des öffentlichen Lebens in Deutschland die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden. Hierbei müßten ultimative Dro-